

Kriegsbeschädigten-Fürsorge im Berliner Stadtparlament.

Einführung des sozialdemokratischen Stadtrats Sassenbach.

In der kommunalen Geschichte der Stadt Berlin wird die gestrige Sitzung der Stadtverordneten zu den bemerkenswerten gehören; sie brachte die Einführung des zum unbesoldeten Stadtrat gewählten Stadtverordneten Johannes Sassenbach, des ersten Berliner Stadtrats, der aus den Reihen der Sozialdemokraten hervorgegangen ist. Oberbürgermeister Bermuth richtete an das neue Mitglied des Kollegiums eine Begrüßungsansprache und nahm Herrn Sassenbach dann den durch die Städteordnung vorgeschriebenen Treueid ab. — Den größten Raum bei den Verhandlungen nahm die Beratung des Antrags auf Fürsorgemaßnahmen für die Berliner Kriegsbeschädigten in Anspruch. Ueber den Verlauf der Sitzung, die unter Leitung des Stadtverordnetenvorsitzers Michelet stattfand, wird uns wie folgt berichtet:

Oberbürgermeister Bermuth:

Meine Herren! Es ist heute die erste Einführung eines Stadtrats während des Krieges. Wir hatten auf eine Doppelseinführung gerechnet, allein unser neuer Stadtschulrat kann den Posten vor dem Feind nicht verlassen. Doch wollen wir uns der Hoffnung hingeben, daß er recht bald unsere Lasten teilen wird. Sie, verehrter Herr Kollege (zu Herrn Sassenbach gerichtet), kann der Magistrat schon heute in seiner Mitte aufnehmen, er tut es mit aufrichtiger Freude, denn er kennt Sie nach Ihrem fast zehnjährigen Wirken in dieser Versammlung durch und durch und weiß, was er an Ihnen gewinnt: einen Arbeiter in umfassendstem Sinne, einen Arbeiter am Gemeinwohl. Zu einem solchen hat Sie das Leben, auf dessen Höhe Sie stehen, mit nachhaltigem Drude geprägt. Zuerst dem Berufe gewidmet, auf den Ihre Familie Sie wies, hat ihre Tätigkeit in immer weiterem Umkreise sich entwickelt, von der Gewerkschaftsbewegung in Berlin sind Sie aufwärts gestiegen zu dem gewerkschaftlichen Leben im ganzen Reich, und immer größer ist auch Ihr Anteil an dem geistigen Leben des Volkes geworden. Was Sie so emporsteigend geübt und gelernt haben, das finden Sie auch bei uns: Arbeit, harte, unerbittliche, aufreibende und doch erhebende und nützbringende Arbeit. Die Kriegszeit führt Sie, lieber Kollege, uns zu. Es wird unsere schöne Aufgabe sein, für Sie auf dem unermesslichen Felde unserer sozialen Kriegspflichten den Platz zu finden, auf dem Ihre Erfahrung sich am freiesten regen kann. Kehrt dann nach ruhmreichen Kämpfen der Friede wieder bei uns ein, so wird sich erweisen, daß durch die Kriegsnot unsere Zusammengehörigkeit gefestigt ist. Dann werden wir friedlich weiterarbeiten, um unserem Gemeinwesen zu neuer fröhlicher Blüte zu verhelfen. Wir werden arbeiten in der Freude des freien Mannes an der Wohlfahrt des Ganzen, an der Wohlfahrt unseres Landes und unserer Stadt, der wir alle mit gleicher Liebe und Hingebung dienen. (Lebhafter Beifall.)

Nachdem Stadtrat Sassenbach den vorgeschriebenen Eid geleistet hat, widmet ihm auch Stadtv. Vorsteher Michelet einen „fröhlichen Willkommensgruß“ seitens seiner bisherigen Kollegen. Vorst. Michelet bemerkt u. a., daß Stadtrat Sassenbach in der Versammlung sich als fleißiger, treuer und gewissenhafter Mitarbeiter erwiesen habe, dem es zur höchsten Ehre gereiche, wenn er aus bescheidenen Anfängen durch eigene Kraft, durch ein Sichvertiefen in die sozialen Verhältnisse, durch ein fortgesetztes ernstes Studium der sozialen Gesetzgebung sich eine bevorzugte Stellung erworben habe.

Die übrige Tagesordnung brachte zunächst den Bericht des Ausschusses zur Vorberatung des Antrages des Stadtv. Barfowski und Gen. (Sozd.) betr. Errichtung eines

gemeinsamen Arbeitsnachweises

für kaufmännische Angestellte und technische Beamte.

Berichterstatter des Ausschusses war Stadtv. Sinke (Sozd.). Der Ausschuss empfahl die Ablehnung des Antrages mit Rücksicht darauf, daß in dieser Frage die Verhältnisse noch nicht geklärt seien. Nach Ansicht des Ausschusses müssen vor allem erst die Verbände selbst zu einer bestimmten Klarheit kommen und mit entsprechenden Anträgen an die Stadt herantreten; erst dann würde mit der Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises auch für die kaufmännisch Angestellten und technischen Beamten durch die Stadt für diese etwas Großes und Soziales geschaffen werden können.

Stadtv. Nettig (L.) empfiehlt die Annahme des Ausschussantrages aus den schon im Ausschusse geltendgemachten Gründen. Nachdem noch mehrere Redner für den Ausschussantrag eingetreten waren, wurde dieser angenommen und der sozialdemokratische Antrag abgelehnt.

Es folgte der Antrag Barfowski und Gen. (Sozd.): „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, mit ihr in gemischter Deputation

Fürsorgemaßnahmen für Berliner Kriegsbeschädigte

zu beraten. — Der Antrag wird vom Stadtv. Hoffmann (Sozd.) begründet: Wenn auch Reich und Staat ihre Pflichten den Kriegsbeschädigten gegenüber zu erfüllen haben, müssen wir doch die Frage aufwerfen: Wann geschieht dies? Die Kommunen haben die Pflicht, ihrerseits nach besten Kräften einzugreifen. Es muß zeitig und bald und möglichst radikal eingegriffen werden, um diejenigen, die nach Verlust von Gliedmaßen aus dem Kriege heimkehren, in den Stand zu setzen, zu ihrem alten Beruf zurückzukehren oder einen neuen Beruf zu ergreifen. Wir müssen ihnen die Möglichkeit schaffen, an der Kulturarbeit des Volkes sich wieder zu beteiligen. Das wird nicht nur durch einen Arbeitsnachweis erreicht werden. Dringend